

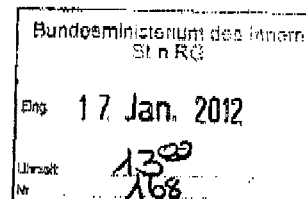
**Referat O 1**

**O 1- 131 006-4/7**

Ref: MinRn Dr. Dauke  
Ref: RDn Rava

Berlin, den 12. Januar 2012

Hausruf: 1982



**Frau Stn Rogall-Grothe**

*Handwritten signature/initials*

über

Abdruck:

G I 1, G II 1, O 2, Presse

Frau ALn O

Herrn SV ALn O Th 12/1/2012

*alte Sachstand, neues Material auf S. 2.*

*Handwritten initials*

Betr.: Internationale Initiative Open Government Partnership

Anlage: - 2 -

**1. Votum**

Unterrichtung.

**2. Sachverhalt**

Am Rande des 66. Treffens der UN Generalversammlung im September 2011 wurde von den USA und Brasilien die Initiative Open Government Partnership (OGP) gegründet. Ziel dieser Bewegung ist es, möglichst viele Länder zu aktivieren, Maßnahmen zur Förderung von mehr Offenheit, Transparenz sowie Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Staat einzuleiten.

Zu den bestehenden 8 Mitgliedern des Lenkungsausschusses haben mittlerweile weitere 43 Länder ihren Beitritt zur Initiative erklärt. Mitglieder sind auch einige europäische Staaten wie Großbritannien, Italien, Niederlande

- 2 -

oder Spanien (vgl. Gesamtübersicht, Anlage 1). Die der Initiative beigetretenen Staaten verpflichten sich in einer Erklärung, einen jährlichen Maßnahmenplan zu verabschieden, deren Umsetzung von zivilen Verbänden begutachtet wird.

Neben Vertretern der Netzgemeinschaft setzt sich vor allem die Bertelsmann Stiftung (BST) dafür ein, dass D ebenfalls der Initiative beitrifft. In diesem Zusammenhang haben Sie am 04. August 2011 ein Gespräch mit dem Direktor "Good Governance" von der BST, Herrn Frick, geführt (vgl. Anlage 2).

Mittlerweile hat die BST eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Organisationen und interessierten Einzelpersonen (aus den Bereichen bürgerschaftliches Engagement, Verbraucherschutz, Korruptionsbekämpfung und Netzpolitik) sowie Vertreter aus Politik und Verwaltung angesprochen. Unter der Ägide der BST wurde ein „Arbeitskreis OGP“ gegründet. Dieser Arbeitskreis soll bei einem Beitritt Deutschlands zu OGP das Gremium aus Vertretern der Zivilgesellschaft bilden, das jährlich den nationalen Maßnahmenplan evaluiert.

Auch MdB von Klaeden im BK ist auf die Initiative aufmerksam gemacht worden und hat ein gewisses Interesse signalisiert. Dies insbesondere mit Blick darauf, dass Verbindungen zum Thema bessere Rechtsetzung bestehen: So könne nach Auffassung BK ein offeneres Regierungshandeln und die weitere Einbindung der Zivilgesellschaft auch dazu führen, das Rechtsetzungsverfahren transparenter bzw. nachvollziehbarer zu gestalten. Ferner hatte das AA angefragt, ob D der Initiative beitreten wolle.

### 3. **Stellungnahme**

Grundsätzlich ist die internationale Initiative zu begrüßen. Auch wird deutlich, dass mit dem Projekt Open Government des Bundes bzw. des IT Planungsrats richtige Akzente gesetzt werden. Allerdings wird ein Beitritt D zu der Initiative bislang nicht befürwortet. Der Bund sollte im Hinblick auf die begrenzten Ressourcen und seine gesetzten Ziele den Schwerpunkt seiner Arbeiten zunächst weiter auf nationaler Ebene legen. Gerade in der Bündelung der bestehenden Angebote und Vereinbarung von gemeinsamen Standards bei der Öffnung der Datenbestände der öffentlichen Hand

- 3 -

(Open Data) wird ein hoher Mehrwert gesehen. Die vielen bestehenden und geplanten Maßnahmen von Bund, Ländern und Kommunen im Bereich Open Government könnten sicherlich auch in Form des von der OGP Initiative geforderten nationalen Maßnahmenplans aufgelistet werden. Nach derzeitigem Stand wäre aber nicht zu erwarten, dass durch den Beitritt von D zur OGP erheblich mehr Projekte angestoßen würden. Vielmehr würde ein Mehr an Koordination und Abstimmung auf internationaler Ebene zulasten der inhaltlichen Arbeiten gehen.

Ferner werden im Bereich Open Government die Aktivitäten auf EU Ebene mehr Relevanz erhalten. Es ist zu vermuten, dass die EU künftig noch stärker die Öffnung der Datenbestände von Mitgliedstaaten (Open Data) fordert, um dem Informationsbedürfnis der Bürger zu genügen und Anreize für Innovationen in der Wirtschaft zu setzen. Daher sollte die Initiative OGP bis auf Weiteres lediglich auf Arbeitsebene beobachtet werden. Für März 2013 ist eine weitere Regierungskonferenz in Brasilien geplant. Die entsprechenden Arbeitsergebnisse der Konferenz sowie das Ausmaß der Beteiligungen anderer Länder sollten zunächst abgewartet werden, um dann über einen möglichen Beitritt zu entscheiden.

Herr Minister hat sich jüngst in dem Internetformat „Fragen an den Minister“ in einer Videobotschaft entsprechend positioniert.

Dauke

Rave